

„Aufstand der `Wutbürger´ ?

Wie viel Protest verträgt unser Land?“

Diskussionsveranstaltung am Samstag, den 22. Januar 2011, 12.15 Uhr bis 14.30 Uhr.

Ort: Münster, Bezirksregierung Münster, Domplatz 1- 3

Diskutanten:

- Walter Sittler, Schauspieler und das Gesicht vom Protest gegen Stuttgart 21
- Ruprecht Polenz, Mitglied des Deutschen Bundestags, CDU, Vorsitzender des ZDF – Fernsehrats

Grußwort: Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller-Elverfeld des Regierungsbezirks Münster

Moderation: Rainer Bode, Debatte e.V.

Veranstalter: Debatte Münster e.V., siehe auch <http://www.debatte-muenster.de/>

Sitzplatzreservierung wegen der großen Nachfrage empfohlen und bitte direkt an

Hintergrund: Stuttgart 21 ist weiterhin in aller Munde. Auch nach dem Schlichterspruch von Heiner Geissler geht die Diskussion um das Projekt und auch um das Verfahren weiter. Mit unserer Veranstaltung wollen wir weniger bahnhofspolitische oder bauliche Fakten des Stuttgarter Projektes zusammentragen, sondern mehr die Demokratiefrage diskutieren. "Aufstand der Wutbürger" oder Ende der Bastapolitik? und Deutschland, ein Land der Schlichter und Stänkerer, wie die Talkshow "hart aber fair" titelte, waren nur einige Schlagzeilen der letzten Zeit. "Wutbürger" wurde zum Wort des Jahres erklärt, viele hoffen, dass es zum Unwort des Jahres wird. „Mit diesem Wort wird zusammengepackt, was einfach nicht zusammengehört: Passiv-Bürger, die einen Buchautor bejubeln – und Aktiv-Bürger, die etwas fürs Gemeinwohl tun wollen, “so Heribert Prantl im Jahresrückblick der Süddeutschen Zeitung.

Und: Die Geschichte der direkten Bürgerbeteiligung ist gerade mal 40 Jahre alt. Es wurde damals eine formalisierte Bürgerbeteiligung in Gang gesetzt. Diese Form der Beteiligung, die nicht selten als reine „Schauveranstaltungen“ empfunden werden, reicht scheinbar nicht mehr aus? Sind die Möglichkeiten zu sehr eingeschränkt z.B. von Initiativen bei Planungsprozessen? Die vorherige CDU/FDP Landesregierung hat in NRW die Widerspruchsmöglichkeiten gegen kommunale Abgabenbescheide abgeschafft. Jetzt gibt es nur noch den direkten Klageweg: Ablauf = Rat beschließt, Bürger erhält Bescheid und muss klagen, wenn er nicht einverstanden ist. Aber "die Bezirksregierung Münster hat sich neuerdings für mehr Transparenz bei der Planung von Großprojekten ausgesprochen. Wünschenswert sei, dass Bauherren bzw. Investoren die Bevölkerung freiwillig über ihre Bauvorhaben informierten, und zwar bereits zu Beginn der Planungen. Möglicherweise könnten so Konflikte wie der um das Bahnprojekt Stuttgart 21 vermieden werden, so eine Sprecherin der Behörde." (WDR am 6.12.2010)

In Münster gibt es genügend Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung durch Bürgerentscheide zur Gesamtschule, zum Südbad, zum Verkauf Stadtwerke und den Bau einer Musikhalle. Aktuell gibt es Diskussionen um den Bürgerhaushalt und das Hafenforum mit hohen Erwartungen der Bürger, sich ergebnisoffen an Gestaltungs- und Planungsprozessen zu beteiligen.

Wir wollen die Veranstaltungen in drei Blöcken diskutieren:

Block I: Wer sind die neuen Subjekte des Widerspruches, gar des „Widerstands“?

Wer geht jetzt in Stuttgart und auch in Gorleben auf die Straße? Wer hat in Hamburg den Bürgerentscheid in Gang gesetzt. Ist das Bürgertum nun aufgewacht? Aber warum in Stuttgart so spät? Sind die Proteste und das Schlichtungsverfahren, obwohl die Planungen seit 15 Jahren laufen und alle Entscheidungen nach Recht und Gesetz liefen, überhaupt zeitgemäß? Haben die Bürger in all den Jahren nicht aufgepasst?

Block II: Welche neuen demokratischen Formen müssen entwickelt werden.

Ist das das Ende oder die Belebung der parlamentarischen Demokratie, wenn z.B. Schlichtungsverfahren überall eingeführt werden? Ist mit der Live-Übertragung des Schlichtungsprozesses eine neue Qualität von Transparenz, von Beteiligung und Teilhabe eingeführt worden? Stimmt die These von Prantl, das „die Schlichtung ein Versuch war, Defizite der repräsentativen Demokratie zu heilen?“ Gar „die Demokratie zu stärken“? Oder ist jetzt der Standort Deutschland in Gefahr, wenn Großprojekte so verhindert oder verzögert werden? Wird es demnächst Widerstände, Proteste gegen Hochspannungsleitungen und andere größere Maßnahmen geben?

Block III: Wie geht es weiter?

Welche Wege zu mehr direkter Demokratie, wenn das gewollt ist, müssen jetzt folgen? „Wird das Jahr 2010 rückblickend das Jahr der demokratischen Erneuerung“ (sinngemäß Prantl).

Wir laden Sie herzlich ein, Ihre Vorstellungen dazu mit unseren Gästen zu diskutieren